

Düstere Wolken über Pfälzer Tabakbau

EU-Gelder fallen ab 2010 weg - Suche nach Alternativen - Grüne stellen Antrag im Bezirkstag

SPEYER (jüm). Auf die 186 Tabakpflanzler in der Pfalz kommen ungewisse Zeiten zu: Im Jahr 2010 fallen die Ausgleichszahlungen durch die Europäische Union (EU) zum überwiegenden Teil weg. „Ohne diese Prämie kann man unter den derzeitigen Bedingungen wirtschaftlich keinen **Tabak** anbauen“, sagt Egon Fink, der Tabakbausachverständige des Bezirksverbandes Pfalz mit Sitz in Speyer. Mit einem Antrag will die Fraktion der Grünen im Bezirkstag das Feld für die Zeit danach bereiten.

Über dem Tabakanbau brauen sich nicht nur in Deutschland düstere Wolken zusammen. Kritisch wie noch nie werden in der Öffentlichkeit die gesundheitlichen Folgen des Nikotingenusses diskutiert. Auf politische Unterstützung können die Pflanzler kaum hoffen. Ab 2010 wird auch die EU den Geldhahn abdrehen: Bisher erzielt ein Betrieb mit seiner Ernte grob gerechnet nur etwa ein Drittel seines Umsatzes durch den Verkauf an die Tabakindustrie. Die übrigen zwei Drittel legt die EU als Ausgleichszahlung oben drauf. Zum Beispiel zahlt der Tabakaukäufer für die hochwertige Sorte Burley pro Hektar bei guter Qualität derzeit etwa 5000 Euro. Und aus Brüssel kommen dann noch mal 10.000 Euro Prämie dazu.

Tabakindustrie soll helfen

Klar ist: Wenn sich diese Ausgleichszahlung ab 2010 zu etwa 60 Prozent in Rauch auflöst und wenn sie danach bis 2013 noch weiter zurückgefahren wird, muss etwas geschehen. Eine Hoffnung richtet sich auf die Tabakindustrie. Die Firmen könnten den Wegfall der EU-Prämien abfedern. Denn Pfälzer **Tabak** ist aufgrund seiner Rückstandsarmut international gefragt und wird in vielen Mischungen verwendet. Außerdem dürften auch die Pflanzler in den anderen EU-Ländern wirtschaftliche Probleme nach dem Wegfall der Ausgleichszahlungen bekommen. Wenn die Raucher höchstens einen Cent pro Schachtel mehr als bisher zahlen würden, dann könnte der heimische Anbau gerettet werden, rechnet Tabakbausachverständiger Fink vor, der die betroffenen Betriebe in der Pfalz im Auftrag des Bezirksverbandes berät.

Gegen „Cent-Abgabe“

Eine Entscheidung, wie die Tabakindustrie reagieren wird, erwartet Egon Fink schon für die nächste Zeit. Er ist optimistisch: „Die Chancen stehen nicht schlecht, dass wir dann Licht am Ende des Tunnels sehen können.“ Die Grünen im Pfälzer Parlament halten dagegen die Cent-Abgabe für keine glaubwürdige Lösung: Dieses System „kollidiert mit den erklärten gesundheitspolitischen Zielsetzungen der Bundesregierung, den Tabakkonsum zurückzufahren, Tabakwerbung einzuschränken und den Nichtraucherschutz zu erhöhen“.

Mit einem Antrag an den Pfälzer Bezirkstag schlagen sie deshalb vor, die Aufgaben des Tabakbausachverständigen neu zu definieren: Bis zum Auslaufen der EU-Förderung solle er als Sachverständiger für landwirtschaftliche Konversion fungieren. Das wäre „ein klares Signal des Bezirksverbandes an Bürger und Bauern, dass man einerseits den Widerspruch zwischen Subvention von Tabakanbau und Bekämpfung von Tabakkonsum aufhebt und andererseits die Tabakbauern bei ihrer schwierigen Suche nach einer neuen Perspektive nicht allein lässt“, erläutern die beiden Mitglieder der Grünen im Bezirkstag, Ruth Ratter und Walter Altvater. Außerdem könnten die Bezirksverbands-Einrichtungen Landwirtschaftliche Untersuchungs- und Forschungsanstalt beziehungsweise die Lehr- und Versuchsanstalt für Viehhaltung Neumühle ihre Kompetenz einbringen.

Darüber hinaus sollten nach Meinung der Grünen Marktstudien für die Umstellung von Tabakanbau auf Sonderkulturen wie Spargel, Erdbeeren, Kräuter- und Heilpflanzen erarbeitet werden. Und schließlich sollte ein Konzept zur Umstellung existenzgefährdeter Betriebe etwa aus dem **Tabak** - oder Zuckerrübenanbau zu „Energielandwirten“ - Stichwort: Bioenergie - in Auftrag gegeben werden. Daran könnte auch die Pfalzerwerke AG mitwirken, an denen der Bezirksverband die Mehrheit hält.

Alternativen für den Tabakanbau zeichnen sich bisher laut Egon Fink nur vage ab. Alle bislang von der EU in Auftrag gegebenen Studien kommen nach seinen Worten zu dem Ergebnis, dass es unter den derzeitigen Bedingungen nichts wirklich Sinnvolles gebe. Seit diesem Jahr beschäftigt sich das Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum in Neustadt in einem neuen Projekt mit Salbei. Hier hätten die Tabakbetriebe einen gewissen Produktionsvorteil, weil sie auf ihre Trockenöfen zurückgreifen könnten. Ob sich freilich der Salbei-Anbau - und wie lange - lohnen würde, müsste erst die Praxis zeigen.

Skepsis gegenüber Bioenergie

Die Suche nach Alternativen gestaltet sich auch wegen der besonderen Strukturen der überwiegend in der südlichen Pfalz angesiedelten Betriebe schwierig, erläutert Fink. Für die meisten ist der **Tabak** zwar nur eine von mehreren Kulturen, der aber einen überdurchschnittlichen Verdienst sichert. Typischerweise verfügen die Tabakpflanzler mit durchschnittlich 80 Hektar über eine vergleichsweise unterdurchschnittliche Ackerfläche.

Letzteres ist auch ein Grund, weshalb der Berater gegenüber dem Vorschlag der Grünen, Bioenergie zu erzeugen, skeptisch ist: Für eine Biogasanlage würde man große Flächen benötigen. Außerdem, so Funk, wären erhebliche Investitionsmittel aufzubringen, über die viele Betriebe nicht mehr verfügen.

MUELLEJ / MUELLEJ

Quelle:

Publikation: DIE RHEINPFALZ

Regionalausgabe: Ludwigshafener Rundschau

Datum: Nr.205

Datum: Montag, den 04. September 2006

Seite: Nr.10

Präsentiert durch MSH-Web:digiPaper